HAMBURGER GETREIDE-LAGERHAUS

AKTIENGESELLSCHAFT Hamburg

Jahresabschluss 2018

Geschäftsbericht des Vorstands

LAGEBERICHT 2018

Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank sorgte für eine ausreichende Geldversorgung und ein Anziehen der Investitionstätigkeit.
Der Immobilienmarkt profitierte vom Niedrigzinsniveau, so dass ein Anziehen der Preise von Wohn- und Geschäftsimmobilien zu verzeichnen war.
Im letzten Quartal 2018 wirkten die Brexitunsicherheiten und der vom amerikanischen Präsidenten eröffneten Handelskrieg retardierend für die Börsenentwicklung. Der Dax fiel von einem Jahresanfangsstand von 12.917 Punkten auf 10.559 gleich minus 18 % zurück.

Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Gesellschaft hat sich durch die höheren Immobilienpreise (als stille Reserve und nicht sichtbar) und durch den Jahresgewinn weiter gebessert.
Der Buchwert unseres Grundbesitzes verminderte sich durch Abschreibungen in Höhe von € 38.379,00 auf € 3.799.007,68. Der Anteil von Grund und Boden betrug unverändert € 2.386.421,68, der Rest entfiel auf den Gebäudewert € 1.450.965,00.
In Mönchengladbach besitzt unsere Gesellschaft ein ca. 30.000 m² großes Grundstück. Die bebaute Fläche beträgt 16.000 m². Die Mieteinnahmen inklusive Mehrwertsteuer stiegen auf € 541.700,77 an. Weitere umsatzsteuerfreie Mieteinnahmen (Wohnungen) stiegen auf € 31.975,68, so dass sich die Mieteinnahmen insgesamt auf € 538.576,45 beliefen.
Diese Ziffern enthalten auch die Mieteinnahmen von Bremerhaven-Langen in Höhe von knapp € 20.000,00.

Unsere Aktienbestände verursachten wegen der negativen Börsenentwicklung einen Abschreibungsbedarf in Höhe von € 67.992,47 und sind nach dem Niederstwertprinzip bilanziert.
Für Aktienkäufe verfügen wir über Kreditlinien per Jahresultimo in Höhe von € 640.000,00. Die Ausnutzung der jeweiligen Kreditlinien führte zu einer Erhöhung unserer Wertpapierbestände auf € 696.374,51 nach
€ 184.396,20.
Zum Jahresultimo bestanden keine Risiken aus Derivategeschäften.
Die Sachanlagen im Anlagevermögen sind durch unser gestiegenes Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital finanziert.

Das genehmigte Kapital haben wir noch nicht in Anspruch genommen. Trotz Bilanzausweitung lag die Eigenkapitalquote nahezu unverändert bei 15,28 % (Vorjahr 15,1 %).

Unsere Beteiligung an der N.V. Beheer v/h Philips Tabak beträgt 24,3 %, gleich 18.450 Aktien und steht unverändert mit € 288.000,00 zu Buch. Die Gesellschaft hat den letzten Jahresgewinn einbehalten und keine Dividende gezahlt.

Die Forderungen, soweit nicht wertberichtigt, sind als werthaltig anzusehen. Sie betragen € 160.727,14 nach € 146.600,00 im Vorjahr.

Unsere Bankguthaben lagen zum Bilanzstichtag bei € 97.269,55. Der Rückgang um gut € 11.000,00 ist im Zusammenhang mit höheren Wertpapierkäufen zu sehen.

Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2018 hat sich unsere Finanzlage weiter gebessert. Das gilt besonders unter Berücksichtigung unserer sehr fungiblen Aktienpositionen (€ 0,696 Mio.). Fast die Hälfte dieser Position sind Aktien der Allianz SE. Größere Anteile liegen bei Siemens AG, Godewind Immobilien AG, BASF SE und Henkel AG Vorzugsaktien. Von der Marktbreite sind diese Aktien innerhalb eines Tages realisierbar.
Aus diesen Positionen erwarten wir für 2019 und folgende Jahre höhere Erträge als Zinsaufwendungen.

Im Geschäftsjahr 2018 stiegen unsere Mieterträge durch Mehreinnahmen in Mönchengladbach um € 20.655,12 auf € 538.676,45 inklusive Mehrwertsteuer auf Gewerbemieten.
Wir verfügen über geordnete Finanzverhältnisse und waren stets in der Lage unsere Tilgungsverpflichtungen und Zinszahlungen pünktlich zu erfüllen. Die Wertpapierbestände stellen bei Verkauf eine Liquiditätsreserve dar.

Ertragslage

Durch die gestiegenen Mieterträge und gesunkenen Zinsaufwendungen sowie steigende Dividendenerträge hat sich die Ertragslage unserer Gesellschaft weiter gebessert. Zur Besserung trugen auch höhere Derivatenerträge bei, die wir dazu nutzen konnten, an Dach und Fach einen erhöhten Erhaltungsaufwand für das Grundstück in Mönchengladbach zu verwenden sowie Wertpapierabschreibungen nach dem Niederstwertprinzip durchzuführen. Der Jahresüberschuss nach Grundsteuern stieg auf € 73.579,20 (Vorjahr € 7.361,05). Somit wurde der Ergebnisplan für 2018 übertroffen.
Wir planen auch für 2019 ein positives Jahresergebnis, welches wiederum zur Stärkung des Eigenkapitals verwendet werden soll.

Unsere Steuerungsgröße ist das Ergebnis vor Steuern (EBT).

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung sowie Risikomanagement

Der Vorstand der Gesellschaft befasst sich entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) intensiv mit Risiken der zukünftigen Entwicklung. Er hat geeignete Maßnahmen getroffen, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können, früh zu erkennen. Risiken betreffen den Immobilienbereich (Sicherung gegen Wertverluste, Leerstand, Finanzierungssicherheit) sowie vorrangig den Bereich der Finanzgeschäfte.

Im Geschäftsjahr 2018 haben wir Derivategeschäfte getätigt. Bei größeren Kursschwankungen haben wir die Positionen sofort geschlossen, falls größere Risiken drohten.

Der Aufsichtsrat hat Vorgaben für Derivategeschäfte gemacht, die der Vorstand im Berichtsjahr vollständig eingehalten hat.

Im Wertpapiergeschäft führt eine sorgfältige Analyse des Vorstandes und der Bankberater zu minimierten Risiken und höheren Chancen. Den Gewinnaussichten bei Aktienkäufen können dennoch Markt- und Unternehmensrisiken gegenüber stehen. Der Vorstand hat eine Verlustbegrenzung mit dem Aufsichtsrat vereinbart.

Bei Aktien- und Beteiligungsengagements sind wir von der Marktentwicklung abhängig. Zur Risikobegrenzung verfolgen wir das Marktgeschehen intensiv und limitieren das Risiko gegebenenfalls durch Stopp-loss-Ordererteilung.

Die wesentlichen Risiken bei unseren Immobilien sind die Marktentwicklungen in Deutschland. Mietausfälle und Leerstände sind als Risiken zu nennen. Die Vermeidung von Leerständen sowie geeignete Gegenmaßnahmen sind erforderlich, da sonst notwendige Zins- und Tilgungsleistungen unserer Kredite gefährdet sein können.
Im Bereich der finanziellen Leistungsindikatoren werden vor allem über Soll-Ist-Analysen die Abweichungen zur Zielerreichung der Geschäftstätigkeit ermittelt. Wesentliche Leitungsindikatoren sind die Umsatzerlöse, Zinsaufwendungen sowie das Ergebnis vor Steuern (EBT).
Wir haben ein Mahnwesen eingerichtet, wenn Mieten nicht pünktlich gezahlt werden und pflegen guten Kontakt mit unseren Mietern. Momentan sehen wir keine Insolvenzrisiken bei unseren Mietern.

Die zukünftigen Chancen unserer Gesellschaft können sich aus weiteren Mietsteigerungen und verbessertem Vermietungsstand unserer Objekte, mit Schwerpunkt Mönchengladbach, ergeben. Zwar besteht seit 2013 bedingt durch die Insolvenz eines Mieters Leerstand im Bereich der Lagerfläche, in 2017 und 2018 erfolgten jedoch bereits einige Mietanpassungen und Neuvermietung von Leerflächen.

Zukünftige Ertragschancen können sich auch durch Grundstücksverkäufe oberhalb der Buchwerte ergeben.

Die Kreditfinanzierung ist durch eine 2021 endfällige Anleihe über € 1,5 Mio. gesichert. Die Anleihe ist im zweiten Rang grundbuchgesichert. Unsere Gesellschaft hat das Recht einer vorzeitigen Kündigung bei kleinem Agio. Eine Umschuldung der grundbuchgesicherten Anleihe (7%) würde zu einer ertragswirksamen Zinsersparnis führen.

Unter Berücksichtigung der übersichtlichen Unternehmens- und Organisationsstruktur hat die HGL AG Voraussetzungen zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften geschaffen. Der Vorstand hat in den Bereichen, in denen er nicht selbst die Grundlagen seiner Entscheidungen ermittelt und seine Entscheidungen auf diesen Erkenntnissen basieren, ein der Größe und Organstruktur angemessenes Risikomanagementsystem eingerichtet. Wegen der fehlenden Arbeitsteilung und der Zentralisierung aller Informationen beim Vorstand ist gewährleistet, dass dem Vorstand die Informationen zur Verfügung stehen, um bestandsgefährdende Risiken erkennen zu können.

Angaben nach § 289 a HGB

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital zum 31. Dezember 2018 beträgt € 1.351.579,21 und setzt sich aus 323.000 Stamm-Stückaktien und 51.000 Vorzugs-Stückaktien zusammen. Jeweils eine Aktie gewährt einen rechnerischen Anteil in Höhe von ca. € 3,61 am Grundkapital. Die Ausstattung der Stamm-Stückaktien mit Rechten und Pflichten richtet sich nach dem Aktiengesetz. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Die Ausstattung der Vorzugs-Stückaktien richtet sich nach dem Aktiengesetz sowie § 4 letzter Absatz und § 18 der Satzung. Die Vorzugs-Stückaktien sind gemäß § 140 Abs. 2 AktG stimmberechtigt und sind bei der Berechnung einer nach Gesetz oder Satzung erforderlichen Kapitalmehrheit zu berücksichtigen.

Arbeitnehmer der Gesellschaft sind nicht derart am Kapital beteiligt, dass eine nicht unmittelbare Ausübung der Kontrollrechte durch die Arbeitnehmer stattfände.
Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, liegen nicht vor oder sind, soweit sie sich aus Vereinbarungen der Aktionäre ergeben können, dem Vorstand nicht bekannt.

Beteiligungsverhältnisse

Die aktuellen Beteiligungsverhältnisse stellen wir für unsere Aktionäre aktualisiert auf unserer Homepage im Internet dar. Im Geschäftsjahr 2018 haben sich keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben.
Zum Jahresultimo 2018 standen Herrn Bernd Günther 29,89 % der Stimmrechte zu, wovon ihm 7,46 % nach § 22 Abs.1, Satz 1, Nr. 1 WpHG zuzurechnen waren.
Frau Stephanie Günther stehen 9,22 % der Stimmrechte, Prof. Dr. Dirk Fries 10,55 % und der Otto M. Schröder Bank AG 7,04 % der Stimmrechte an unserer Gesellschaft zu.
Weitere meldepflichtige Besitzanteile zum Jahresultimo 2018 sind nicht bekannt.

Bestehende Ermächtigungen für Kapitalbeschlüsse

In der Aktionärsversammlung am 21. Dezember 2016 wurde ein neues genehmigtes Kapital in Höhe von € 675.789,60 geschaffen (Genehmigtes Kapital 2016). Der Beschluss zur Erhöhung erfolgte einstimmig in der Aktionärsversammlung. Die Eintragung im Handelsregister ist am 9. Januar 2017 erfolgt. Im Geschäftsjahr 2017 ist von dieser Ermächtigung kein Gebrauch gemacht.

Der Vorstand ist ermächtigt, bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen, soweit der Nennbetrag der neuen Aktien weder 10 % des im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung bestehenden noch 10 % des im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien bestehenden Grundkapitals übersteigt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis

nicht wesentlich im Sinne des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unterschreitet.

Der Vorstand wird ferner ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen, sofern die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt oder soweit der Ausschluss des Bezugsrechts erforderlich ist, um den Inhabern der von der Gesellschaft noch zu begebenden Wandelschuldverschreibungen oder -darlehen oder Optionsscheinen ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- bzw. Wandelrechts oder nach Erfüllung der Wandlungspflicht zustehen würde.

Eine Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien besteht nicht.

Satzungsänderungen

Die Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG) und wird mit Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Abs. 3 AktG).
Der Aufsichtsrat ist gemäß § 4 der Satzung ermächtigt, die Satzung nach vollständiger oder teilweiser Durchführung der Erhöhung des Grundkapitals oder nach Ablauf der Ermächtigungsfrist neu zu fassen.

Leitung und Kontrolle

Die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern erfolgt gemäß §§ 84, 85 AktG.

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die Vergütung des Vorstands umfasst lediglich eine Festvergütung, die in ihrer Höhe an die Größe und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft angepasst wird. Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 11 der Satzung geregelt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten außer dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste jährliche Vergütung in Höhe von jeweils € 2.556,46. Für das Geschäftsjahr 2018 haben wir eine Aufsichtsratsvergütung von € 10.225,84 als Verbindlichkeit verbucht.

Zusätzliche Angaben

Es existiert nach Kenntnis des Vorstands keine Vereinbarung der Hamburger Getreide-Lagerhaus AG, die im Falle einer wesentlichen Veränderung der Gesellschafterstruktur ein außerordentliches Kündigungsrecht vorsieht. Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen sind, bestehen nicht.

Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2019 erwarten wir ein über dem Vorjahr liegendes positives Ergebnis (EBT) in der Bandbreite von € 50.000,00 bis € 90.000,00 bei gestiegenen Umsatzerlösen aus Mieten (ohne Nebenkosten) von mindestens T€ 500. Wegen der nunmehr ganzjährig niedrigeren Zinsaufwendungen und der Aussicht auf weitere Mietsteigerungen sind die Voraussetzungen für eine Ergebnisverbesserung gut, soweit keine unvorhergesehenen negative Ereignisse eintreten.

Deutscher Corporate Governance Bericht und Erklärung gemäß § 289 f HGB

Nach § 161 AktG haben Vorstand und Aufsichtsrat einer börsennotierten Aktiengesellschaft jährlich zu erklären, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ entsprochen wurde und welche Empfehlungen nicht angewandt wurden oder werden.
Diese Erklärung machen wir jeweils in der aktuellen Fassung allen Aktionären auf unserer Homepage zugänglich. Die aktuelle Entsprechenserklärung ist in der nachstehenden Fassung veröffentlicht:

Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG – 2018

Die Hamburger Getreide-Lagerhaus AG entsprach in der Vergangenheit den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in den jeweiligen Fassungen mit Ausnahmen und wird in Zukunft den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom **07. Februar 2017** mit den folgenden Ausnahmen entsprechen. Wir sind von den Empfehlungen des Kodex dann abgewichen, wenn und soweit aufgrund der Größe und Struktur der Gesellschaft, des Umfangs der Geschäftstätigkeit sowie unserer Aktionärsstruktur eine Befolgung der Empfehlung unseres Erachtens nach als nicht sinnvoll einzustufen ist.

- Die Gesellschaft wird aus Kostengründen und auf Grund der Aktionärsgröße und Struktur entgegen Ziff. 2.3.3 die Verfolgung der Hauptversammlung über moderne Kommunikationsmittel nicht ermöglichen.

- Der Aufsichtsrat hat die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands aufgrund der Größe der Gesellschaft und dem Umfang der Geschäftstätigkeit in Abweichung von Ziff. 3.4 Abs. 1 nicht förmlich festgelegt. Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat zudem regelmäßig über alle wichtigen Geschäftsvorfälle.

- Die Empfehlung nach Ziff. 3.6, Abs. 1 entfällt für unsere Gesellschaft, weil die Gesellschaft nicht mitbestimmt ist.

- Eine D&O Versicherung für den Vorstand und für den Aufsichtsrat ist gem. Ziff. 3.8, Abs. 2 nicht abgeschlossen. Die Empfehlung gem. 3.8, Abs. 3 entfällt daher, wird aber bei eventuellem Abschluss einer D&O Versicherung beachtet.

- Die Gesellschaft veröffentlicht entgegen Ziff. 3.10 nur die aktuelle Entsprechenserklärung auf der Internetseite, weil nach Einschätzung von Vorstand und Aufsichtsrat der Informationsgewinn für die Aktionäre durch die alten Erklärungen sehr gering ist. Auf Verlangen werden die Vorjahresversionen den Aktionären aber zugesandt.

- Der Vorstand besteht entgegen Ziff. 4.2.1. nur aus einer Person. Auf Grund der Größe des Unternehmens ist die Vertretung durch nur einen Vorstand angemessen.

- Der Vorstand erhält abweichend von Ziff. 4.2.3. eine fixe Vergütung. Eine Bekanntmachung auf der Internetseite, eine detaillierte Erläuterung des Vergütungssystems im Geschäftsbericht sowie eine Information der Hauptversammlung über das Vergütungssystem nach Ziff. 4.2.3. sind daher aus Sicht von Vorstand und Aufsichtsrat entbehrlich, da sowohl die Vergütung des Vorstandes, wie auch die Vergütung des Aufsichtsrates, im Geschäftsbericht der Gesellschaft ausgewiesen wird.

- Eine langfristige Nachfolgeplanung gem. 5.1.2 für den Vorstand besteht gegenwärtig noch nicht. Bei Besserung der Geschäftslage der Gesellschaft ist jedoch geplant, einen zweiten Vorstand zu bestellen. Hierbei wird der Aufsichtsrat im Rahmen der geltenden Gesetze auch auf Vielfalt achten und Frauen angemessen berücksichtigen. Eine Festlegung der Altersgrenze wird hierbei unberücksichtigt gelassen. Die Gesellschaft wird bei der Besetzung der Positionen auf Qualifikation und Eignung achten.

- Der Aufsichtsrat hat abweichend von Ziff. 5.3.1, 5.3.2 und 5.3.3 keine Ausschüsse, insbesondere keinen Prüfungsausschuss, gebildet. Die im Deutschen Corporate Governance Kodex vorgeschlagenen Themenschwerpunkte für einen Prüfungsausschuss werden im Aufsichtsrat insgesamt behandelt. Die Bildung von Ausschüssen wird auf Grund der Größe der Gesellschaft nicht für notwendig erachtet. Sachthemen wie die Strategie des Unternehmens, Vergütung des Vorstandsmitglieds, Investitionen und Finanzierungen werden im gesamten Aufsichtsrat einvernehmlich besprochen.

- Der Aufsichtsrat wird abweichend von Ziff. 5.4.1, Abs. 2 keine konkreten Ziele für seine Zusammensetzung benennen und diese und den Stand der Umsetzung im Corporate Governance Bericht veröffentlichen. Wie bisher wird sich der Aufsichtsrat bei Vorschlägen im Hinblick auf die Zusammensetzung des Aufsichtsrats alleine davon leiten lassen, ob die betreffenden Kandidaten / Kandidatinnen geeignet sind, das Aufsichtsratsmandat qualifiziert auszuüben. Deshalb wird auch auf die Festsetzung einer Altersgrenze verzichtet.

- Ein Mitglied des Aufsichtsrates, Herr Dipl.-Kfm. Hanns Günther, ist im Sinne von Ziffer 5.4.2 der Empfehlung als nicht unabhängig zu sehen, da dieses Aufsichtsratsmitglied in einer persönlichen Beziehung zu einem Organ der Gesellschaft steht. Bei einem eventuell auftretenden Interessenskonflikt wird sich dieses Mitglied des Aufsichtsrates der Stimme enthalten.
  Angesichts der Größe und Struktur der Gesellschaft, des Umfangs der Geschäftstätigkeit sowie unserer Aktionärsstruktur gehören dem Aufsichtsrat nach seiner Einschätzung aber immer noch eine angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder an.

- Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist in der Satzung geregelt. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste Vergütung in gleicher Höhe**.** Ein individualisierter Ausweis ist abweichend von Ziff. 5.4.6, Absatz 3 daher nicht erforderlich. Eine erfolgsorientierte Vergütung ist nicht vorgesehen.

- Die Bekanntgabe der Termine für Pflichtveröffentlichungen der Gesellschaft erfolgt im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Entgegen Ziff. 6.2. wird kein „Finanzkalender“ veröffentlicht.

- Die mit der Aufstellung eines Konzernabschlusses verbundenen Empfehlungen nach Ziff. 7.1.1, 7.1.2, und 7.1.4 entfallen für unsere Gesellschaft, da diese keinen Konzernabschluss aufstellt.

Vorstand und Aufsichtsrat der
Hamburger Getreide-Lagerhaus AG
Hamburg, den 28.12.2018

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 f HGB

Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Unternehmensführung der Hamburger Getreide-Lagerhaus AG richtet sich nach dem Deutschen Recht und der Satzung. Den Regeln des Deutschen Aktienrechts entsprechen die Organe Vorstand und Aufsichtsrat mit jeweils eigener Kompetenz. Sie arbeiten bei der Steuerung und Überwachung des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammen. Die Bestellung und Abberufung des Vorstands erfolgt gemäß §§ 84 und 85 AktG.

Änderungen der Satzung erfolgen im Rahmen der §§ 133, 179 AktG und nach § 4 der Satzung. Solche Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, dürfen vom Aufsichtsrat ohne Zustimmung der Hauptversammlung beschlossen werden.

Der Vorstand besteht aus einer Person und orientiert sich auf nachhaltige Wertschöpfung streng am Unternehmensinteresse. Er ist bei der Ausführung seiner Tätigkeit eigenverantwortlich tätig. Der Vorstand achtet streng auf die vom Aufsichtsrat und von der Satzung vorgegebenen Regeln.

Der Aufsichtsrat besteht seit Januar 2017 aus vier Personen, der die Geschäftsführung des Vorstands überwacht und in beratender Funktion tätig ist. Für bedeutende Geschäftsvorgänge gibt es eine Jahresplanung und Besprechungen. Der Aufsichtsrat ist nicht befugt, mit eigenen Maßnahmen in die Geschäftsführung des Vorstands einzugreifen.

Der Aufsichtsrat wird vom Vorstand zeitnah und schriftlich in regelmäßigen Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Lage der Gesellschaft, des Risikos und der Compliance unterrichtet.

Der Aufsichtsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung ist bis zum Ende der Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2020 (drei Aufsichtsratsmitglieder) beschließt, gewählt.

Die HGL AG hat keine Zielgrößen für gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern festgelegt, da es nur einen Vorstand gibt sowie eine hauptberuflich Beschäftigte.

Nach dem Stichtag zum 30.06.2017 hat sich der Aufsichtsrat mit der gesetzlich angestrebten Geschlechterquote beschäftigt. Ziel des Aufsichtsrats wird eine Frauenquote von fünfundzwanzig Prozent sein. Diese Zielgröße hängt von der Findung einer geeigneten Kraft ab und wird dann bei Neuwahlen im Aufsichtsrat berücksichtigt.

Hamburg, im April 2019

Der Vorstand
Bernd Günther

Bericht des Aufsichtsrats

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 hat sich der Aufsichtsrat in seinen turnusmäßigen Sitzungen ausführlich mit der Lage der Gesellschaft beschäftigt und seine Überwachungs- und Beratungsaufgaben nach Gesetz und Satzung wahrgenommen. Der Aufsichtsratsvorsitzende hielt während des gesamten Geschäftsjahres engen Kontakt mit dem Vorstand und beriet in zahlreichen Treffen den Vorstand hinsichtlich der Risikobegrenzung im Wertpapier- und Derivategeschäft. Der Vorstand diskutierte mit dem Aufsichtsrat bei Aktienkäufen die Perspektiven der Transaktionen.

Die erste Aufsichtsratssitzung des Geschäftsjahres fand im April 2018 statt. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 wurde erörtert und der Hauptversammlungstermin festgesetzt. Die Chancen und Risiken des Objektes in Mönchengladbach wurden diskutiert. Die Mietersituation besprochen. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat über den Stand der Vermietung sowie über die geplanten Maßnahmen und Investitionen unterrichtet.

Die zweite Aufsichtsratssitzung fand am 02. Juli 2018 im Anschluss der Hauptversammlung statt. Herr Geber wurde erneut zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates unserer Gesellschaft gewählt; Herr Dipl.-Betriebswirt Axel-H. Wittlinger zu seinem Stellvertreter. Die nächsten Sitzungen wurden terminiert.

In der dritten Sitzung des Geschäftsjahres, am 22.09.2018, fand eine ausführliche Besprechung über den Wechsel in der Buchhaltung statt, die seit Anfang des Jahres auf Empfehlung von Herrn Geber von der Kanzlei Esche Schümann Commichau sehr professionell bearbeitet wird. Vorstand und Aufsichtsrat sind sehr zufrieden mit den Arbeiten, die zügig und bestens Erledigung finden. Da die Hamburger Getreide-Lagerhaus AG seit August nicht mehr börsennotiert ist, werden hier Kosten eingespart. Auf Grund der geringen Umsatztätigkeit ist diese von der Börse Hamburg/Hannover ausgesprochene Maßnahme sinnvoll und wird von der Verwaltung voll unterstützt.

Die vierte Aufsichtsratssitzung fand am 26.11.2018 statt. Dem Aufsichtsrat wurden die Zahlen bis Oktober 2018 vorgelegt und eingehend diskutiert. Es zeichnete sich ein - mindestens wie prognostizierter - Gewinn ab. Die Überlegungen, das Objekt in Bremerhaven-Langen zu verkaufen wurde im Aufsichtsrat diskutiert. Herr Dipl.-Betriebswirt Axel-H. Wittlinger, als Immobilienexperte, wird sich hier mit seinen Erfahrungen einbringen und erforderliche Maßnahmen mit dem Vorstand und den Aufsichtsratskollegen besprechen. Der Aufsichtsrat beschäftigte sich mit dem Deutschen Corporate-Governance-Kodex und stellte dessen Einhaltung sicher. Der Kodex dokumentiert wesentliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften und enthält international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Ihre gemeinsame jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 AktG haben Vorstand und Aufsichtsrat turnusgemäß im Dezember 2018 abgegeben und hierbei den Deutschen Corporate Governance Kodex in der aktuellen Fassung berücksichtigt. Die Entsprechenserklärung wurde auf der Internetseite der Gesellschaft veröffentlicht.

Auch außerhalb der regulären Aufsichtsratssitzungen standen insbesondere der Aufsichtsratsvorsitzende wie auch andere Aufsichtsratsmitglieder mit dem Vorstand in engem Kontakt, telefonisch und in Einzeltreffen, um sich einen Überblick über die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und dem Fortschritt der Neuvermietung im Objekt Mönchengladbach zu verschaffen.

Es hat keine Interessenskonflikte im Aufsichtsrat gegeben. Ausschüsse wurden nicht gebildet.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeitern für die geleistete Arbeit. Der Aufsichtsratsvorsitzende möchte sich auch bei allen Kollegen für die gute Mitarbeit und vielen Anregungen bedanken.

Hamburg, im Juni 2019

Der Aufsichtsratsvorsitzende

Cornelius Geber

Bilanz zum 31. Dezember 2018

AKTIVA			31.12.2018	31.12.2017
		EUR	EUR	EUR
A.	**Anlagevermögen**			
I.	**Sachanlagen**			
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.799.007,68		3.837.386,68
2.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.662,51		1,51
			3.801.670,19	3.837.388,19
II.	**Finanzanlagen**			
	Beteiligungen		288.200,00	288.200,00
			4.089.870,19	4.125.588,19
B.	**Umlaufvermögen**			
I.	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**			
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	160.727,14		146.600,00
2.	sonstige Vermögensgegenstände	20.355,50		103.979,80
			181.062,64	250.579,80
II.	**Wertpapiere**			
	sonstige Wertpapiere		696.374,51	184.396,20
III.	**Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten**		97.269,55	108.597,84
			974.706,70	543.573,84
C	**Rechnungsabgrenzungsposten**		1.081,25	40,00
			5.065.658,14	4.669.202,03

PASSIVA		31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR	EUR
A	**Eigenkapital**		
I.	Gezeichnetes Kapital davon Stammkapital 1.167.272,95 (VJ:T€ 1.167) davon Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gem. § 139 AktG: € 184.306,26 (VJ: T€ 184)	1.351.579,21	1.351.579,21
II.	Kapitalrücklage	633.210,40	633.210,40
III.	Bilanzverlust	- 1.210.335,33	- 1.283.914,53
		774.454,28	700.875,08
B	**Rückstellungen**		
1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	152.284,00	154.738,00
2.	sonstige Rückstellungen	24.500,00	47.500,00
		176.784,00	202.238,00
C	**Verbindlichkeiten**		
1.	Anleihen	1.500.000,00	1.500.000,00
-	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 0,00 (VJ:T€ 0)		
-	davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren: € 1.500.000,00 (VJ:€ 0) -		
-	davon durch Grundpfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert: € 1.500.000,00 (VJ:€ 1.500.000,00) -		
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.031.325,03	1.675.331,88
-	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 817.552,01 (VJ:€ 171.905,74) -		
-	davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren: € 597.093,18 (VJ:€ 1.025.298,83) -		
-	davon durch Grundpfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert: € 2.031.325,03 (VJ:€ 1.675.331,88)-		
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	59.211,92	85.141,20
-	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 59.211,92 (VJ:€ 85.141,20) -		
4.	Verbindlichkeiten gg. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	216.760,93	144.035,93
-	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:€ 216.760,93 (VJ € 144.035,93) -		
5.	sonstige Verbindlichkeiten	305.507,05	360.401,84
-	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 305.507,05 (VJ € 360.401,84) -		
-	davon aus Steuern: € 1.745,52 (VJ: € 22.366,26) -		
-	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 286,07 (VJ: € 1.590,20) -		
		4.112.804,93	3.764.910,85
D	**Rechnungsabgrenzungsposten**	1.614,93	1.178,10
		5.065.658,14	4.669.202,03
		==========	==========

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

		2018	2017
		€	€
1.	Umsatzerlöse	538.676,45	518.021,33
2.	sonstige betriebliche Erträge	186.978,07	133.711,18
3.	Materialaufwand	-127.584,89	-116.794,80
4.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	-112.151,55	-115.138,72
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-23.961,23	-21.877,34
	- davon für Altersversorgung: € 0,00 (Vorjahr: € 10.636,44)-		
5.	Abschreibungen	-38.868,65	-38.379,00
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-120.332,52	-154.633,95
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.423,89	5.582,44
8.	Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-67.992,47	-8.831,37
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-164.536,35	- 178.400,15
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-14,43	0,00
11.	**Ergebnis nach Steuern**	89.636,32	23.259,62
12.	Sonstige Steuern	-16.057,12	-15.898,57
13.	**Jahresüberschuss**	73.579,20	7.361,05
14.	Verlustvortrag	-1.283.914,53	-1.291.275,58
15.	**Bilanzverlust**	-1.210.335,33	-1.283.914,53
		==========	==========

Anhang für das Geschäftsjahr 2018

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss und zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Hamburger Getreide-Lagerhaus AG hat ihren Sitz in Hamburg und wird beim Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter HRB 3244 geführt.
Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt. Die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex ist im Dezember 2018 abgegeben und den Aktionären auf der Internetseite der Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft unter: www.hgl-ag.de Rubrik „Codex" zugänglich gemacht worden.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden bisher die Kosten im Zusammenhang mit den Mieterträge im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen. Im vorliegenden Jahresabschluss werden die Beträge im Materialaufwand ausgewiesen, der Vorjahresausweis wurde entsprechend angepasst.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden1. Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gliederung der Bilanz erfolgte gemäß § 266 HGB und § 152 AktG. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach § 275 HGB und § 158 AktG unter Anwendung des Gesamtkostenverfahrens gegliedert.

2. Bewertungsgrundsätze

Die Gegenstände des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt worden.

Die Abschreibungen auf die abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens werden linear entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Dabei werden die Zugänge pro temporis abgeschrieben.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von netto € 150,00 bis € 410,00 werden gemäß § 6 Abs. 2 EStG im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Der Abgang wird im Jahr des Zugangs unterstellt.

Die Finanzanlagen sind grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen mit den Erfüllungsbeträgen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind. Beträgt die Restlaufzeit mehr als ein Jahr, werden die Rückstellungen mit einem der jeweiligen Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst.
Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Als Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite werden Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

III. Erläuterungen zu Posten der Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2018 haben wir in dem Anlagenspiegel auf der letzten Seite des Anhangs dargestellt.

2. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände

Von den ausgewiesenen Forderungen hat ein Betrag in Höhe von € 4.000,00 (Vorjahr € 4.000,00) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Gegenüber dem Finanzamt bestehen Forderungen in Höhe von € 11.711,00 (Vorjahr € 1.902,79).

3. Aktive latente Steuern

Die Gesellschaft hat von dem im Zuge des BilMoG eingeführten Aktivierungswahlrecht für aktive latente Steuern (§ 274 Abs. 1 Satz 2 und 4 HGB) aufgrund steuerlicher Verlustvorträge keinen Gebrauch gemacht. Der Bewertung liegt ein unternehmensindividueller Steuersatz von ca. 32 % zugrunde.

4. Eigenkapital

Vorliegende Mitteilungen nach §§ 21,22 WpHG:

	Datum Mitteilung	Überschrittene Schwellen	Datum Überschreitung Unterschreitung	Gesamt %	davon zuzu-rechnen
Bernd Günther	05.01.11	25 %	03.01.2011	29,63	7,46 %
Wicking`sche Versicherungs-Vermittlung GmbH	25.01.05	5 %	07.01.2005	7,46	
Otto M. Schröder Bank AG	17.12.04	5 %	19.11.2004	7,04	
Stephanie Günther	24.04.13	5 %	17.04.2013	9,22	
Prof. Dr. Dirk Fries	07.04.15	5 %	02.04.2015	10,55	

Das Grundkapital beträgt zum Bilanzstichtag € 1.351.579,21 und setzt sich wie folgt zusammen:

Stammaktien	Stück 323.000	€ 1.167.272,95
Vorzugsaktien	Stück 51.000	€ 184.306,26
	Stück 374.000	€ 1.351.579,21
	==========	==========

Die Hauptversammlung vom 21. Dezember 2016 hat unter anderem die Neufassung der Satzung in § 4 Absatz 4 (Genehmigtes Kapital) beschlossen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 20. Dezember 2021 um bis zu € 675.789,60 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe von auf den Inhaber lautender Stückaktien ohne Nennwert gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2016).
Von dieser Ermächtigung ist im Geschäftsjahr 2018 kein Gebrauch gemacht worden.

5. Rückstellung für Pensionen und andere Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Rüss, Dr. Zimmermann und Partner (GbR) auf Basis der international üblichen Project-Unit-Credit-Methode (PUCM) unter Anwendung der Richttafeln 2018 G von Prof. Heubeck nach den Bestimmungen des BilMoG ermittelt. Die Diskontierung erfolgte im Geschäftsjahr 2018 in Übereinstimmung mit § 253 HGB in der Fassung des Gesetzes zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften vom 11. März 2016 mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten zehn Jahre. Dieser beträgt gemäß RückAbzinsV für pauschale Laufzeiten größer 15 Jahre 3,211 % (Vorjahr 3,68 %). Ferner wurde unterstellt, dass die laufenden und zu erwartenden Rentenzahlungen künftig nicht erhöht werden.
Bei einer Diskontierung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten sieben Jähre hätte sich ein um
€ 7.759,00 8Vorjahr € 8.003,03) höherer Zuführungsbetrag ergeben.

Der Zuführungsbetrag aus der Umstellung der Pensionsrückstellungen auf das BilMoG wird gemäß § 67 Abs. 1 EGHGB ratierlich bis zum 31. Dezember 2024 angesammelt. Der noch nicht in der Bilanz ausgewiesene Unterschiedsbetrag (Unterdeckung) beträgt € 4.353,00 (Vorjahr: € 5.079,00). Der Ausweis des jährlichen Zuführungsbetrags von € 726,00 erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2016 unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Art. 67 Abs. 7 EGHGB).

6. Sonstige Rückstellungen

Der ausgewiesene Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

	€
Jahresabschlusskosten	17.500,00
Sonstige	15.000,00
	32.500,00
	=========

7. Anleihen

Die Verbindlichkeiten aus Anleihen belaufen sich per 31. Dezember 2018 auf € 1.500.000,00. Der Gesamtbetrag hat eine Restlaufzeit von noch drei Jahren und ist durch Grundschulden besichert.

8. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten belaufen sich per 31. Dezember 2018 auf € 2.031.325,03 (Vorjahr: € 1.675.331,88), davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 817.552,01 (Vorjahr: € 171.905,74), zwischen einem und fünf Jahren € 616.679,84 (Vorjahr: € 478.127,32) und mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren € 579.093,18 (Vorjahr: € 1.025.298.83). Als Sicherheiten hierzu bestehen Grundschulden, Sicherungsabtretungen und Verpfändungen von Wertpapierdepots (siehe Erläuterungen).
€ 1.213.773,02 (Vorjahr: € 1.503.426,14) der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

9. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

10. Pfandrechte

Im September 2017 wurde das Darlehen der Westdeutschen ImmobilienBank AG an die Gladbacher Bank AG übertragen. Zur Sicherung der Darlehen Gladbacher Bank AG von 1922 sind sämtliche gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche aus der Vermietung und Verpachtung des Beleihungsobjektes abgetreten.

Schließlich bestehen Grundpfandrechte für Bankverbindlichkeiten in Höhe von € 2.031.325,03 (Vorjahr: € 1.675.331,88).

11. Umsatzerlöse

Seit dem Geschäftsjahr 2016 werden unter den Umsatzerlösen neben Mieterlösen auch Dienstleistungserlöse ausgewiesen.

12. Sonstige betriebliche Erträge

Ausgewiesen werden neben Erträgen aus Optionsgeschäften /(T€ 167; Vorjahr T€ 5) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 8; Vorjahr T€ 16), Erträge aus der Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen (T€ 7; Vorjahr T€ 56), Erträge aus dem Gehaltsverzicht des Vorstands (T€ 0; Vorjahr T€ 22) sowie Erträge aus dem Abgang von Wertpapieren (T€ 0; Vorjahr T€ 8).

13. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im Falle der wirtschaftlichen Besserung besteht seitens der Gesellschaft eine Zahlungsverpflichtung von insgesamt € 75.000,00. Bei einem Jahresergebnis von mindestens € 10.000,00 sollen unter dem Vorbehalt entsprechender Liquidität 33,33 % des Jahresergebnisses zur Tilgung eingesetzt werden.

14. Angabe zu Geschäften mit nahe stehenden Personen

Folgende Lieferungen und Leistungen wurden mit nahe stehenden Personen oder Unternehmen, die einen bedeutenden Einfluss ausüben können, erbracht oder in Anspruch genommen:

Die Gesellschaft hat von einem Unternehmen, mit dem ein Beteiligungsverhältnis besteht, ein Darlehen erhalten. Darlehens- und Zinsforderungen hieraus betragen € 216.760,93 (Vorjahr: € 144.035,93).

Im Geschäftsjahr 2017 wurde der HGL AG ein Darlehen durch ein Tochterunternehmen dieser Gesellschaft, in dem Herr Bernd Günther Mitglied der Geschäftsführung ist, gewährt. Auf dieses Darlehen sind ab 2017 Zinsen in Höhe von 5 % zu entrichten. Die ausgewiesene Verbindlichkeit beträgt zum Bilanzstichtag € 57.186,35 (Vorjahr: € 54.463,19).Die HGL AG hat im Geschäftsjahr 2018 von einem Unternehmen, in dem Herr Bernd Günther Mitglied

der Geschäftsführung ist, Beratungsleistungen und Auslagen für anteilige Kosten für Büronutzung, Kopierer, Fax und Telefon sowie Büro- und Managementleistungen in Höhe von insgesamt € 40.000,00 (Vorjahr: € 40.000,00) vergütet bekommen.

Der Vorstand der HGL AG hat der Gesellschaft ein unbesichertes Darlehen gewährt, das vertragsgemäß jederzeit zurückgezahlt werden kann und grundsätzlich mit 6,0 % p.a. verzinst wird. Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag hieraus Verbindlichkeiten in Höhe von € 9.690,00 (Vorjahr: € 9.690,00) aus, nachdem der Vorstand im Geschäftsjahr 2012 auf einen Teilbetrag von € 75.000,00 gegen Besserungsabrede verzichtet hat. Zinsen wurden für 2018 nicht berechnet.

In Höhe von € 30.303,10 (Vorjahr: € 80.253,52) besteht zum Bilanzstichtag eine Darlehensverbindlichkeit gegenüber Unternehmen, in dem Herr Bernd Günther geschäftsführender Gesellschafter ist. Zinsen wurden in Höhe von 2 % berechnet.
Eine Aktionärin und Familienangehörige des Vorstands hat im Geschäftsjahr 2016 Stück 13.400 Aktien an der N.V. Beheer v/h Philips Tabak zu einem Preis von € 217.917,00 übernommen. Das bis dahin zinslos gewährte Darlehen über € 25.000,00 wurde mit dem Kaufpreis verrechnet. Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag unter Berücksichtigung von Zinsen eine Kaufpreisforderung in Höhe von € 1.295,68 (Vorjahr: € 7.955,23) aus, die über ein Kaufpreisdarlehen zu 1 % finanziert wird.

Der Restbetrag betrifft die Zinsen für 2017. Der Vorstand hat für die Einhaltung der Zahlungstermine und der Zahlungen eine Garantie übernommen.

IV. Ergänzende Angaben

1. Arbeitnehmer
Im Jahresdurchschnitt wurden eine Vollzeitkraft und zwei Teilzeitkräfte beschäftigt.

2. Vorstand

Bernd Günther	Hamburg, Kaufmann
	<u>Weitere Tätigkeiten und Funktionen:</u>
	Vorsitzender des Aufsichtsrats bei:
	Maschinenfabrik Heid AG, Stockerau, Österreich
	New York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie AG, Lüneburg
	MATERNUS-Kliniken AG, Berlin
	Mitglied des Aufsichtsrats bei:
	CPU Softwarehouse AG, Augsburg, (Stellvertretender seit Juli 2018)
	H&R AG, Salzbergen (Ehrenvorsitzender seit 2012)

3. Aufsichtsrat

Cornelius Geber Vorsitzender	Hamburg, Geschäftsführer CG Beteiligungs- und Management GmbH
	Neopost S.A., Paris -. Mitglied des Verwaltungsrates
	Director und Mitglied des Nominierungsausschusses
Dipl.-Kfm. Hanns Günther	Luxemburg, Bankkaufmann
	Director Property Finance, Bank of China, Luxembourg Branch
Dipl.-Betriebswirt Axel-H. Wittlinger stellv. Vorsitzender	Hamburg, Geschäftsführender Gesellschafter der Stöben Wittlinger GmbH
Prof. Dr. rer. nat. Joern Wochnowski	Norderstedt, Hochschullehrer

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung von jeweils € 2.556,46.

4. Vergütung des Vorstands
Der Vorstand (Herr Bernd Günther) erhält ausschließlich erfolgsunabhängige Bezüge, die im Geschäftsjahr 2018 € 66.000,00 (Vorjahr: T€ 66) betrugen.

Dem Vorstand wurde im Geschäftsjahr 2017 aufgrund seiner Einbindung als Garantiegeber mittelbar ein Kredit in Höhe von € 73.955,23 gewährt. Dieser war nach den vertraglichen Regelungen in Tranchen bis zum 31.März 2018 zurückzuzahlen. Zum 31.März 2018 ist noch ein Betrag von € 50.659,55 zuzüglich der Zinsen in Höhe von € 1.295,68 ausstehend, von denen am 3. April 2018 die Hauptforderung beglichen wurde. Zum Bilanzstichtag sind die Zinsen noch nicht beglichen.

5. Bezüge früherer Organmitglieder
Die Bezüge an frühere Organmitglieder betrugen € 18.406,51 (Vorjahr: T€ 18). Ferner sind für Rentenbezüge früherer Organmitglieder € 135.545,00 (Vorjahr: € 137.305,00) zurückgestellt.

6. Beteiligungen
Die Gesellschaft ist am Grundkapital der N.V. Beheer v/h Philips Tabak, s'Hertogenbosch/Niederlande, eingeteilt in Stück 75.982 Aktien mit Stück 18.450 Aktien bzw. rd. 24,3 % beteiligt.
Das Eigenkapital betrug am 31. Dezember 2017 T€ 968 (Vorjahr: T€ 875). Darin ist ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 93 (Vorjahr: T€ 62) enthalten. Ein Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2018 liegt noch nicht vor.

7. Vorgänge von besonderer Bedeutung
Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2018 eingetreten sind, liegen nicht vor.

8. Ergebnisverwendung
Der Vorstand schlägt vor, das Ergebnis auf neue Rechnung vorzutragen.

Hamburg, im März 2019

Bernd Günther

Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2018

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				aufgelaufene Abschreibungen				Restbuchwerte	
	1. Jan. 2018	Zugänge	Abgänge	31.Dez.2018	1.Jan..2018	Abschreibungen	Abgänge	31. Dez. 2018	31. Dez. 2018	31. Dez.2017
A Anlagevermögen	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Sachanlagen										
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.305.358,25	0,00	0,00	4.305.358,25	467.971,57	38.379,00	0,00	506.350,57	3.799.007,68	3.837.386,68
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.763,85	2.801,65	0,00	18.565,50	15.762,34	140,65	0,00	15.902,99	2.662,51	1,51
	4.321.122,10	2.801,65	0,00	4.323.923,75	483.733,91	38.519,65	0,00	522.353,56	3.801.670,19	3.837.388,19
II. Finanzanlagen										
Beteiligungen	680.529,49	0,00	0,00	680.529,49	392.329,49	0,00	0,00	392.329,49	288.200,00	288.200,00
	5.001.651,59	0,00	0,00	5.004.453,24	876.063,40	38.519,65	0,00	914.583,05	4.089.870,19	4.125.588,19

Bescheinigung:

Nach Abschluss des Auftrags erteilen wir folgende Bescheinigung:

Wir haben auftragsgemäß den vorstehenden Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang der Hamburger Getreide-Lagerhaus Aktiengesellschaft, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018 unter Beachtung der handelsrechtlichen Vorschriften erstellt.

Grundlage für die Erstellung waren die von uns geführten Bücher sowie das Anlageverzeichnis und die uns darüber hinaus vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte.

Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer vom 12./13. April 2010 „Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen“ hier: ohne Beurteilung durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anhangs auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Hamburg, den 14. März 2019

ESCHE SCHÜMANN COMMICHAU
Partnerschaftsgesellschaft mbB

Kipcke

Tom Kemcke
Steuerberater

Anja Kipcke
Steuerberaterin